

Arbeiterstimme

407

Z Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Dresden

1. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 19. August 1925

Nummer 108

Ablehnung des Bauarbeiter-schiedspruches im ganzen Reich

Neue französische Offensiv in Marokko — Der französische Sozialkongress für die Fortführung des Marokkokrieges — Die Einigungsverhandlungen in der sächsischen Textilindustrie gescheitert

Berlin, 19. August. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern erschien eine Delegation des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter beim Zentralverband der Zimmerer und verlangte die Erweiterung der Zentralstreikleitung durch Mitglieder des ausgeschlossenen Verbandes. Die Kollegen vom Zimmererverband anerkannten diese Notwendigkeit und versprochen, für die Fortsetzung einzutreten. Sie empfahlen die Wahl von zwei Kollegen des ausgeschlossenen Verbandes, deren Eintritt in die Zentralstreikleitung dann beim Baugewerksbund durchzuführen sei.

In einer gestern abgehaltenen, von 5000 Bauarbeitern besuchten Bauarbeiterversammlung des ausgeschlossenen Verbandes wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Der Beirat des Baugewerksbundes empfahl nach einer Sitzung in einer Resolution die Ablehnung des Schiedspruchs, nachdem die Mitgliedschaften des Baugewerksbundes Berlin, Sachsen, Mecklenburg und Baden den Schiedspruch bereits ablehnten. Zimmererverfassungen in Mannheim und Heidelberg fordern gleichfalls scharfste Ablehnung. Leipziger Bauarbeiter nahmen eine Urabstimmung vor. Es stimmten 4850 für Ablehnung des Schiedspruchs, 100 dagegen. Die Leipziger Zimmerer stimmten 1165 für Ablehnung des Schiedspruchs, 53 dagegen.

Einmütige Ablehnung des Bauarbeiterschiedspruches
Leipzig, 19. August. (Telefon.) Der Schiedspruch im Baugewerbe ist von den Bauarbeitern Leipzigs in einer Abstimmung fast einstimmig mit 4850 gegen 100 Stimmen abgelehnt worden. Auch die Leipziger Zimmerer haben den Schiedspruch mit 1165 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Zeig, 17. August. Am Sonnabend fand im Diana-Saal eine von mehr als 600 Bauarbeitern besuchte Versammlung statt, die Stellung zu nehmen hatte zu dem am Freitag im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden

der Baugewerkschaft erklärten die verammelten Bauarbeiter einstimmig, daß ein solcher Schiedspruch für sie völlig untragbar sei, ganz besonders angesichts des Steuer-raubes und Zollwuchers der bürgerlichen Reaktion.

Frankfurt, 17. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß das Organisationsamt des Reichsarbeitsministeriums nach längerer Erörterung den vom Reichsarbeitsministerium am Freitag gefällten Schiedspruch einstimmig abgelehnt hat. Es ist also mit der Generalauslösung im Baugewerbe des Kasseler Bezirkes am 20. August zu rechnen.

Wie berichtet wird, haben auch die Bauarbeiter in Weiden, Grimnitzschau und Auerbach i. B. den Schiedspruch im Baugewerbe abgelehnt.

Einigungsverhandlungen für die sächsische Textil-industrie gescheitert

Berlin, 19. August. Die Morgenblätter melden, daß die Verhandlungen, die am Montag und Dienstag im Reichsarbeitsministerium zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sächsischen Textilindustrie unter dem Vorsitz des Stadtrats Ruzsa stattfanden, ergebnislos verlaufen sind. Der um Vermittlung gebetene Reichsarbeitsminister hat seinen Eingriff auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Erfolgreiche Kämpfe der Heizungsmon-teure in Rheinland-Westfalen

Düsseldorf, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Heizungsmon-teure von Rheinland-Westfalen ist geklärt nach fünfzehntägiger Dauer. Die gestrichelten Stunden-löhne von 1,20 Mark sind bewilligt.

Fort mit dem Stinnes-Schwindel

Der Fall der Axa des Edmund-Stinnes-Konzerns wächst sich immer mehr zu einem Fall Edmund Stinnes und Hugo Stinnes zu, aus, der nach dem Staatsanwalt ruft.

Zwar sollen die Löhne für die Axa jetzt vorläufig gutgebracht werden, wie gemeldet wird. Der Betriedorant soll nämlich Wechsel dafür erhalten. Donnerstag soll eine Hauptgläubiger-versammlung stattfinden. Aber selbst wenn diese noch unklaren Meinungen zutreffen, so ist damit der Fall Stinnes für die Öffentlichkeit der wertvollen Massen keinesfalls erledigt. Edmund Stinnes hat durch seine Maßnahmen durch die öffentliche Klage der Gläubiger nach einer Entgegnung des Bankkapitals gerufen, die heute in der ganzen Presse erscheint und die interessantesten Einblicke in die Dunkelkammer der Stinnes-wirtschaft gewährt. In dieser ausführlichen Darstellung heißt es u. a.: „Die Banken hätten sich in der bisherigen, etwa zwei-monatlichen Arbeit bemüht, die Verhältnisse des weitverzweigten Stinneskonzerns mit allen Unternehmungen zu durchleuchten.“ Dies ist notwendig gewesen, „weil die Angaben der leitenden Persönlichkeiten des Stinneskonzerns sich zum Teil als unrichtig oder lügenhaft erweisen haben.“ Dann heißt es weiter: „daß die Banken Herrn Dr. Edmund Stinnes und seinen Geschäftsauffassungen nicht dasjenige Vertrauen entgegen-bringen konnten, das im Verkehr zwischen Banken und ihrer Kundenschaft die notwendige Voraussetzung für eine Kreditgewäh-rung ist.“ Edmund Stinnes wird vorgeworfen, er habe „kurz vor dem Beginn der Schwierigkeiten des Stinneskonzerns Transaktionen vorgenommen, die vom Standpunkte der Banken im Interesse aller Gläubiger des Stinneskonzerns bekämpft werden mußten.“ Die Banken hätten mit Rücksicht auf die Firma Hugo Stinnes verlangt, daß der Vertrag des Herrn Dr. Edmund Stinnes mit seiner Mutter, Frau Cläre Stinnes, durch glückliche Verständigung aufgehoben werden müsse. Edmund Stinnes sei einer solchen Unterredung ausgewichen, worauf die Banken ihm mitteilten, daß sie die Überlassung von Wertpapieren aus dem Vermögen der Firma Hugo Stinnes nicht anerkennen können.“ und „daß die Gläubiger es nicht hinnehmen dürften, wenn ein in der Geschäftsführung tätiges Mitglied der Familie noch wenige Tage vor dem Beginn der Stützungsaktion Objekte von so großem Wert der Vermögensmasse entziehe.“ Es folgt die Aufzählung dieser Objekte mit der Bemerkung, daß außer diesen Millionenwerten Edmund Stinnes sich noch die Zahlung von 6 Millionen Reichsmark ausbedungen habe.

Dann kommt das Interessanteste: Als die Banken verlangten, daß die von Edmund Stinnes vorgeschlossene Ausfallbürgschaft geklärt werden müsse durch die auf Edmund Stinnes übergegangenen Werte, erklärte Edmund Stinnes, daß er alle

Werte veräußert habe bis auf das Paket Axa-Aktien und die Anteile an der Telogeseellschaft. Es wurde von den Banken abgelehnt, sich lediglich mit diesen Werten als Sicherheit zu begnügen, es wurde verlangt, daß die übrigen Werte, die nach Holland veräußert sein sollten, entweder zurückgeschafft wurden, oder daß deren Segenwert, den Edmund Stinnes vereinbart hatte, als Unterlage mitverwendet werden müsse. Herr Dr. Edmund Stinnes konnte genaue Aufklärungen über solche Möglichkeiten nicht geben.“ Ferner erklären die Banken, daß der von Stinnes vorgelegte Status der Axa durch seine Ziffern „erhebliche Bedenken“ erzeuge, zumal Stinnes Versprechungen von Warenbeständen dem stellvertretenden Vorsitzenden der Axa nicht betantragte habe. Angeblich hatte Stinnes alle die fraglichen Werte nach Holland verschoben, erzwang bei den Banken aber den Eindruck, als ob er noch in der Lage sei, über diese Werte zu verfügen. Insbesondere konnte Herr Dr. Edmund Stinnes nicht aufklären, aus welchem Grunde er die Werte der Nordhorn-Gesellschaft zu annähernd einem Drittel des Wertes veräußert habe, der zu erzielen gewesen wäre.“ Das „Berliner Tageblatt“ verteidigt verächtlich Stinnes, indem es schreibt, die schwächste Stelle der Banken sei offenbar der Mangel an ausreichenden rechtlichen Handhaben, Herrn Dr. Edmund Stinnes mit in die Liquidationsmasse des Konzerns hineinzubehalten. Das Blatt muß aber zugeben, daß über das Schicksal der Axa bisher noch nichts entschieden ist.

Die Vorwürfe, die seitens der Banken gegen Edmund Stinnes hier erhoben werden, lassen sich genau nach den Diagrammen des bürgerlichen Straßengesetzes klassifizieren. Wenn ein Arbeitsloser dem Föder einen Laib vom Laden riecht, so kennt die kapitalistische Ausbeutergesellschaft keine Gnade und kein Erbarmen. Der Mann wird verurteilt. Anders ist es, wenn die großen Räuber unter sich sind; da haßt keine Kräfte der anderen die Augen aus, und Staatsanwalt und Gericht treten nicht in Funktion. Es ist schon viel und geschieht selten genug, daß die Räuber bei der Teilung der Beute, die sie aus der Arbeit des Proletariats erprecht haben, sich gegenseitig so er-hoffen, daß sie entgegen ihrer üblichen Schamhaftigkeit sich gegen-seitig die Krallen abstreifen und so ihre dreuzigen Madenschäfer ent-hüllen. Der Stinnes-Schwindel ist die würdige Fortsetzung des Rhein-Ruhr-Kredit-Skandals, des Darmst.-Skandals, des Zho-witz-Skandals und wie die Skandale alle heißen. Die Opfer all dieser Schweinereien der heute herrschenden Gesellschaft sind die Werttätigen. Auch im Falle Stinnes. Es muß deshalb die Angewandtheit der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats sein, eine Einheitsfront auch gegen diese Schweinereien der Kapitalisten zu bilden und den Staatsanwalt zu zwingen, gegen diese Verbrechen mindestens das geschilderte Recht des heutigen kapitalistischen Staates anzuwenden.

Nach der Niederlage ein „Kampfprogramm“

Die Pleite der SPD- und ADGB-Führung.

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Der Milliardensteuerraub und das Zollwuchergesetz sind mit Polizeihilfe durchgepeitscht. Tage sind vergangen, und die reformistische Führung der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse unternehmen nichts. Gar nicht zu reden vom Parteivorstand der SPD und seinem „Vorwärts“. Der hilft sich mit einigen weinerlichen Kritiken und faulen Wägen über die erste Situation hinweg.

Der „Vorwärts“ gesteht die Niederlage der SPD in vollem Umfange ein, bekennt aber, daß diese Niederlage eine Schande für seine Partei sei und schlägt einen seiner Artikel sogar mit der albernen Phrase, daß in den Niederlagen, die die SPD im Reichstag erleidet, der „Reim ihrer kommenden Macht“ liege. Wie wenig er selbst an diese angebliche kommende Macht glaubt, zeigt der Schluß des Leitartikels vom Mittwoch, wo festgestellt wird, daß der Bürgerkrieg im Herbst mit dem Zolltarif „nicht handelspolitische Siege aufweisen“ werde, sondern „nur Siege gegen das eigene Volk.“

Also nicht genug mit den jetzigen Niederlagen, heißt der „Vorwärts“ für den Herbst noch weitere Siege der Echarfmacher gegen die Arbeitermassen voraus. Trotzdem ist er froh genug, die Forderung einiger Großbetriebe, die gegen die Zollentlastung den Generalkrieg verlangt haben, als „Generalankunft“ zu verspotten und dem hinzuzu-legen: „Das schließt gerade noch, daß die Arbeiterschaft jetzt ihre Kampfmittel Annulla verpulverte und ihre Kampfkraft erschöpfte, um schließlich dem Unternehmertum willenlos ausgeliefert zu sein!“

Zum Teufel! Schlimmeres kann doch nicht mehr kommen, als jetzt kampflos Niederlagen vor den Zoll- und Steuerräubern zu erleiden und im Herbst noch ebenso kampflos neuen Siegen der Echarfmacher gegen die Arbeitermassen entgegen zu gehen. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, daß in Lebensfragen gegen solche Regierungen, wie Kapp und Cuno, der Generalkrieg eine durchschlagende Waffe war. Die Arbeiterschaft weiß auch, daß gegen den entschlossenen Kampfwillen der gesamten Gewerkschaften keine Regierung in Deutschland entscheidende Maßnahmen führen kann. Die Arbeiter erinnern sich sehr gut, daß noch vor wenigen Monaten der Vorstehende des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei einer Tagung des ADGB ausbrüchlich erklärt hat, daß bei einheitlichem und entschlossenem Auftreten die gewerkschaftlichen Massen sogar jetzt noch imstande wären, der Bürgerkriegs-Regierung und den Unter-nahmerverbänden den Achtundtagsakt abzutreiben. Die deutsche Arbeiterschaft hat es in den letzten Tagen miterlebt, wie in England der geschlossene, einheitliche Kampfwillen der Bergarbeiter, die von Verkehrs- und Metallarbeitern unterstützt wurden, die über eine gewaltige Parlamentsmehrheit verfügende, kapitalistische Regierung Englands auf die Knie gezwungen hat. Die stärkste kapitalistische Regierung Europas mußte in einem Siegerlande dem Druck der Gewerkschaften und ihrer einheitlichen Kampfkraft nachgeben und dafür sogar finanzielle Opfer auf sich nehmen, die in die Hunderte von Millionen gehen.

Wo war hier in Deutschland jetzt in den kritischen Wochen des Steuer-raubes und des Zollwuchers dieser Druck der Gewerkschaften. Wo war ihre einheitliche Kampfkraft-schlossenheit? — Die ganze gewaltige Macht des organisierten Proletariats wurde von seinen jetzigen reformistischen Führern in der schwächlichen Weise verkleinert und ver-ton. Resolutionen und Votivgänge und schließlich noch eine papierne „Warnung in letzter Stunde“, das war alles. Und es war so leicht, weil die Bürgerkriegs-Parteien und ihre monarchistische Regierung wußten, daß die jetzigen Gewerkschaftsführer keinen Augenblick daran dachten, irgendeine Kampfmaßnahme zu treffen, oder auch nur mit den ge-werkschaftlich organisierten Massen den leiseiten Druck aus-züben. Wohl schrieb die Gewerkschaftszeitung des ADGB in pathetischen Artikeln davon, daß der Zollkampf „mit allen Mitteln“ geführt werden solle. Es wurde sogar an-gekündigt, daß „von unten auf ein Sturm losbrechen“ solle, aber das waren alles nur hohle Phrasen, mit denen man die Arbeitermassen hingehalten hat, um sie dann erleben zu lassen, daß gar nichts, aber auch rein gar nichts für eine Organisation des Kampfes gegen den Steuer-raub und Zollwucher geschah.

Die SPD hat schon am 21. Juni, also sehr rechtzeitig die Gewerkschaftsführer in einem offenen Briefe zur Vorbereitung des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter-massen gegen die Steuer- und Zollwucherspläne der Bürger-kriegs-Regierung aufgefordert. Dunderhunderttausende von Arbeit-